

ENBW HEBT STROMPREIS AN

Wärmepumpen werden teuer

Der Energiekonzern EnBW verteuert Heizstrom um bis zu 56 Prozent. Damit endet die Quersubventionierung des Strompreises für Wärmepumpen und Elektro-Öfen.

VON BERNWARD JANZING



Ende der Quersubventionierung: Der Energiekonzern EnBW erhöht die Strompreise für Wärmepumpen und Elektro-Öfen.
Bild: dpa

Besitzer von Stromheizungen und elektrischen Wärmepumpen trifft es hart: Der Energiekonzern EnBW erhöht seine Tarife für Wärmestrom um bis zu 56 Prozent. Zur Begründung müssen die üblichen Floskeln herhalten: Es seien halt "insbesondere die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie die Beschaffungskosten für Strom erheblich gestiegen".

In einer Pressemitteilung verweist die EnBW außerdem darauf, dass "die bisherigen Preise im Vergleich zu anderen Energieversorgern in Deutschland auf sehr niedrigem Niveau" gelegen hätten. Das ist völlig korrekt - nur warum die EnBW bisher so billig anbot, schreibt sie nicht.

Branchenkenner wissen das: "Das Unternehmen wollte langfristig Abhängigkeiten schaffen", meint Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher. Denn hat ein Verbraucher die vermeintlich günstige elektrische Wärmepumpe erst einmal in seinem Haus installiert, ist er dem Energieanbieter ausgeliefert. Auch Christian Meyer von der Firma Energy Consulting im badischen Umkirch sagt: "Die Preise der EnBW für Heizstrom waren schon immer eine Mogelpackung, um Leute zu ködern."

Der Konzern legte drauf

Die Strategie sei klar, sagt Verbraucherschützer Peters: "Um die Wärmepumpe im Vergleich zu anderen Heizsystemen wirtschaftlich erscheinen zu lassen, musste man ihren Strompreis quersubventionieren - und diese Subvention bauen die Stromversorger nun zunehmend ab." Irgendwann schließlich wollen sie auch in diesem Marktsegment Gewinne sehen. Dass die Versorgung von Wärmepumpen und Stromheizungen zu Kampfpreisen bislang Methode hatte, belegte übrigens im vergangenen Herbst auch

das Bundeskartellamt: "Studien zufolge bieten zahlreiche etablierte Heizstromversorger Heizstrom zu nicht kostendeckenden Preisen an."

Bei der EnBW war das besonders deutlich: Für Nachtstrom zur Wärmeerzeugung verlangte die EnBW bislang nur 11,02 Cent je Kilowattstunde (kWh). Abzüglich der Steuern und Umlagen für erneuerbare Energien bleiben dem Konzern davon nur noch rund 3 Cent. Davon muss das Unternehmen den Strom einkaufen (für etwa 4 Cent in den Nachtstunden), sowie Netzentgelte, Verwaltungs- und Marketingkosten bezahlen. Folglich legte der Konzern am Ende drauf.

Sozial Schwache besonders betroffen

Entsprechend drastisch steigt nun der Strompreis. Für Wärmepumpen werden statt bisher 11,02 Cent in der Nacht und 15,12 Cent am Tag künftig rund um die Uhr 17,16 Cent fällig - ein Aufschlag von 13 Prozent am Tag und 56 Prozent in der Nacht. Stromheizungen, für die es weiterhin einen Nachttarif gibt, werden tags um 24 Prozent und nachts um 33 Prozent teurer. Besonders hart trifft es die sozial Schwächeren, denn Elektroheizungen gibt es meist nur in Mietwohnungen.

Das Ende der Fahnenstange dürfte noch nicht erreicht sein. "Sachlich ist es nicht gerechtfertigt, dass Heizstrom überhaupt billiger angeboten wird als Haushaltsstrom", sagt Peters. Der aber kostet bis zu 24 Cent je kWh.

WÄRMEPUMPEN

Eine **elektrische Wärmepumpe** arbeitet im Prinzip wie ein Kühlschrank oder eine Klimaanlage, die im Innern kalt und auf der Rückseite warm werden. Bei einer Wärmepumpe nutzt man die warme Seite zum Heizen, wobei gleichzeitig ein anderes Medium (Luft, Grundwasser oder der Erdboden) abgekühlt wird.

Diese **Technik** ist effizienter als eine reine Stromheizung, weil aus 1 Kilowattstunde Strom auf diesem Weg zumeist 2 bis 4 Kilowattstunden Wärme erzeugt werden. Die schlechtesten Werte erzielt eine Luftwärmepumpe.

Aus **ökologischer Sicht** sind Wärmepumpen umstritten, weil sie mit der Edelenergie Strom betrieben werden, bei deren Erzeugung bis zu zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie (zum Beispiel der Kohle) verloren gehen. Ökologisch verpönt ist die Technik zudem, weil jede Wärmepumpe den Stromverbrauch im Land erhöht und damit der Stromwirtschaft als Legitimation für neue Großkraftwerke dienen kann.